

Abgeordnete besucht Drogenberatung

RHEINE. „Die Prävention in der Drogenberatung kann nur gelingen, wenn sie auch die niedrigschwelligen Angebote umfasst.“ Das stellte Joachim Jüngst, Geschäftsführer der Jugend- und Drogenberatung der Aktion Selbsthilfe für Drogengefährdete in Rheine, anlässlich eines Besuches der FDP-Landtagsabgeordneten Susanne Schneider unmissverständlich klar. Schneider ist gesundheitspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion NRW. Wegen einschlägiger Klagen hatte der Paritätische, dem die Organisation angehört, die Abgeordnete eingeladen.

Joachim Jüngst ging eingangs des gemeinsamen Gedankenaustausches auf die Entwicklung der Drogenszene in der Region ein und legte dar, wie vor diesem Hintergrund die Arbeit der Drogenberatung konkret ausgerichtet werde. Für den Geschäftsführer steht fest, dass sich die Drogenproblematik mit der Größe einer Kommune verschärfe, weshalb im Kreis Steinfurt direkt in Rheine ein Schwerpunkt bei der diesbezüglichen Arbeit gebildet werden müsse. Das angewandte Gießkannenprinzip sei der völlig falsche Ansatz. Dem stimmte auch Susanne Schneider zu, die sich beeindruckt von der Arbeit der Drogenberatungsstelle zeigte: „Ein solch niederschwelliges und vielfältiges Angebot, das so stark frequentiert wird, muss unbedingt erhalten bleiben.“ In dem das Land NRW allerdings seine finanziellen Mittel für die Drogenprä-



Susanne Schneider sprach mit Joachim Jüngst, dahinter (v. l.) Peter Metje und Norbert Klapper.

vention über die Kreise und kreisfreien Städte verteile (so genannte Kommunalisierung), habe der Kreis Steinfurt entschieden, die niedrigschwellige Drogenhilfe zu seiner eigenen Aufgabe zu machen. Im Klartext heißt das: Er behält die 25 000 Euro, die das Land pro Jahr zur Verfügung stellt, für sich. Norbert Klapper und Peter Metje vom Paritätischen beklagen, dass diese Missachtung des Subsidiaritätsprinzips seitens des Kreises Steinfurt kein Einzelfall sei und die Politik im Kreis das mehrheitlich leider mittrage, was Joachim Jüngst bezüglich der aktuellen Problematik bestätigte. Eine Konsequenz sei, dass die Jugend- und Drogenberatung der Aktion Selbsthilfe für Drogengefährdete ihr niedrigschwelliges Hilfeangebot auf Dauer mangels finanzieller Mittel nicht vernünftig vorhalten könne. Damit sei insgesamt die Arbeit in Frage gestellt, da viele Menschen nur über einen niedrigschwelligen Zugang Kontakt zu Beratungsstelle finden. Dessen müssten sich die Verantwortlichen bewusst sein.